

Hungern oder Zelten?



Davon sind alle betroffen !!

17% der ehemaligen Arbeitslosenhilfe-BezieherInnen bekommen kein ALG II, weitere 20% erheblich weniger als zuvor. Überwiegend Frauen werden wieder auf ihre mehr oder weniger gut verdienenden Partner verwiesen.

Auch die ehemaligen Sozialhilfe-EmpfängerInnen erhalten nur scheinbar mehr. Trotzdem, so klagen die Regierungsparteien in Berlin an, haben die „parasitären Abzocker“ (die ALG II-BezieherInnen!!) 10 Milliarden mehr gekostet, als die Herrschaften in Regierung und Opposition sowie ihre Stichwortgeber aus dem Unternehmerlager veranschlagt hatten.

Statt bedingungslosem Existenzgeld und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen gibt es Zwangsarbeitsverhältnisse gegen Mehraufwand, sogenannte „1-€-Jobs“. Unverschuldet durch gutverdienende Unternehmer in Not gebrachte Menschen werden von Clement und Co., und leider auch immer öfter auf den Ämtern, behandelt wie der letzte Dreck. Und da sollen sie jetzt auch landen, denn es darf demnächst schon wieder gewählt werden - und zwar zwischen

Essen oder Miete zahlen !

Bei alleinstehenden ALG II-EmpfängerInnen wird monatlich eine „angemessene“ Miete von max. 265 Euro plus max. 50 Euro Heizkosten zugestanden. Wer teurer wohnt, hat die Differenz aus seinem ALG II-Regelsatz in Höhe von 345 Euro zu bezahlen. Dieser Regelsatz ist aber bereits das Existenzminimum, um zu überleben.

Von den ca. 40 000 ALG II beziehenden Bedarfsgemeinschaften (insg. ca. 70 000 betroffene Menschen) bewohnen ca. **10 000 Bedarfsgemeinschaften Wohnungen mit einer „nicht angemessenen“ Miete**. In diesen Haushalten wird in Zukunft an den Grundbedürfnissen gespart werden müssen, es sei denn, die Betroffenen suchen sich einen „angemessenen“ Wohnraum, den es allerdings, wie selbst ein von der Bremer Sozialbehörde in Auftrag gegebenes Gutachten festgestellt hat, nicht in ausreichendem Umfang gibt.

Demnächst soll also der Run auf die billige Wohnungen losgehen. Das betrifft nicht nur die ALG II-BezieherInnen, sondern auch Menschen mit geringem Einkommen, die noch nicht auf Leistungen angewiesen sind, aber auch Studenten, die hier eine günstige Bude suchen.

In dem Senatsgutachten wurde u.a. festgestellt, dass über 7 000 alleinstehende ALG II-BezieherInnen in „nicht angemessenen“, also nach Interpretation der Schreibtischtäter, zu teuren Wohnungen leben. Dem stehen aber zur Zeit nur 310 „angemessene“ Wohnungen für diesen Personenkreis gegenüber.

Das kann nicht funktionieren!!

Wir fordern :

- 1. Besitzstandswahrung: Übernahme der tatsächlichen Mietkosten für alle ALG II-BezieherInnen *statt Zwangsumzug***
- 2. Mieten runter für alle – insbesondere bei der GEWOBA**

** ehemals Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau*

Besitzstandswahrung – warum??

Die vielfach ins Feld geführte und längst überfällige Forderung nach Erhöhung der Mietobergrenze gem. § 8 Wohngeldgesetz greift zu kurz. Vorteilsnehmer wären die Vermieter, die das Mietniveau mittelfristig auf den staatlich garantierten Satz anheben würden. Das würde dann auch für gering verdienende Menschen zu einer höheren Miete und damit zu weiterer Armut bzw. erhöhtem Förderbedarf durch Ämter führen.

Die Kosten für die Kommunen würden steigen. Die Gewinne der Vermieter ebenfalls.

Statt einer allgemeinen Anhebung der Mietobergrenzen muss es daher eine Besitzstandswahrung durch Übernahme der vollen Kosten der Unterkunft für ALG II beziehende Bedarfsgemeinschaften geben.

Statt Privatisierung - Mieten runter für alle!!!

Vor 15 Jahren verfügten die 8 größeren Wohnungsbaugesellschaften über mehr als 50% der Mietwohnungen in Bremen. Die Bremische Gesellschaft, Beamtenbau und Brebau wurden ganz bzw. die von der Stadt gehaltenen Anteile vollständig verkauft. Damit gingen ca. 18 000 Wohnungen in die Hände von privaten Anlegern (vor allem Ehlerding, WCM – heute Blackstone, USA)

25% der GEWOBA wurden 1997 von der Stadt an die BIG (Bremer Investitionsgesellschaft) verkauft, mit dem Ziel, sie an der Börse zu platzieren. Wichtigste Voraussetzungen für einen hohen Aktienkurs sind eine exzellente Eigenkapitalquote und hohe Ausschüttungen. Und somit ließ auch die GEWOBA kaum eine Mieterhöhungsreserve aus. Trotz stagnierendem Jahresumsatz konnten die Ausschüttungen auf Rekordniveau gebracht werden. Aufgebracht von den MieterInnen und, im Falles des Leistungsbezugs, von Bremen.

Mit den Bremer Anteilen in Höhe von 50% und denen der landeseigenen Gesellschaften von 25% verfügt Bremen über den maßgebenden Einfluss auf die Geschäftspolitik der GEWOBA. Hiermit ließe sich trefflich auf die allgemeine Mietpreisentwicklung in Bremen Einfluss nehmen, denn fast jede vierte Mietwohnung gehört der GEWOBA. Die Stadt kann ihren Einfluß im Aufsichtsrat nutzen und die Gewoba verpflichten, dauerhaft die Hälfte ihrer Wohnungen quer durch Bremen (nicht nur Abriss-Häuser in Tenever oder Bremen-Nord), zu einem Preis unterhalb der Mietobergrenze des ALG II anzubieten.

Bremen würde sich und seinen BürgerInnen damit einen großen Gefallen tun. Neue Belastungen könnten von der Staatskasse abgewendet werden, weiteren Mieterhöhungen würde vorgebeugt werden und auch andere Gesellschaften und private Vermieter müssten zur Vermeidung von Leerständen nachziehen.

Treffpunkte und Termine

www.sozialplenum.org

Sozialplenum Bremen

montags, 14tägig (21.11., 5. + 19.12.), 19:30 h, Buchtstr. 14

Hartz IV-Treff

dienstags, 14tägig (15. + 29.11., 13.12.), 10:00 h, Freizeitheim Geschwornenweg 11a

1-Euro-Treff

mittwochs (23.11., 7.12.), 17:00 h, Solidarische Hilfe, Doventorsteinweg 45

**Wir rufen auf zur Nord-Demo
„Für eine solidarische Gesellschaft“
Bremen, 02.12.05, 12 h, Bahnhofsvorplatz**